Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 70 Pfge. Einzel-Numm. 10 Pfge.
Auflage 35000 Exempl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureaux d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 6 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Zu Neustadt nur an Wochentagen: gr. Meißnergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

Koppel & Co.,
Bankgeschäft,
jetzt
Schloss-Strasse 19,
Ecke der Sporergasse.

An- und Verkauf aller **Staatspapiere, Pfandbriefe, Actien** etc. Auszahlung aller Coupons. Unentgeltliche **Controle** der **Verloosung** aller Werthpapiere. Alles auch auf brieflichem Wege.
Domicilstelle für Wechsel.

Nacht-Telegramme.

Straßburg, 17. April. Der Präsident des Landesausschusses dankte in seiner Schlußrede dem Staatssecretär und allen Vertretern der Regierung für ihr freundliches Entgegenkommen. Durch die herzgewinnende Persönlichkeit des Statthalters sei der Hoffnung für das Wohl des Landes ein weites Feld geöffnet. Er bittet den Statthalter, dem Kaiser für die neuen zum Wohle des Landes getroffenen Einrichtungen Namens des Landesausschusses den tiefgefühlten Dank auszusprechen.

Japan-, China-Waaren und Thee.
Specialität. en gros. **R. Seelig,** Specialität. en detail.
Kaufhaus, Laden 6.
Reichhaltiges Lager und grosse Auswahl zu eleganten und praktischen Geschenken.

Nr. 109. 25. Jahrg. 1880.

Witterungsaussichten: Zeitweise heiter, etwas kühler, trocken.

Dresden. Sonntag, 18. April.

Politisches.

Als Einleitung zu der Berathung des Sozialistengesetzes besorgten die Sozialdemokraten einen kleinen Rummel im Reichstage. Der Sozialdemokrat Wiemer ist beschuldigt, verbotene Schriften seiner Partei in Deutschland zu verbreiten. Auch an die sächsischen Landtagsabgeordneten hat er eine revolutionäre Zeitung aus Zürich gesendet. Wiemer erfreut sich natürlich der besonderen Aufmerksamkeit der Polizeiorgane. Eine Untersuchung ist gegen ihn eingeleitet. Die Chemnitzer Staatsanwaltschaft erbricht alle an ihn und seinen Associé gerichteten Briefe und stellt sie ihm eröffnet zu. Da er zugleich Reichstagsabgeordneter ist, so beantragte sein Parteigenosse Liebknecht die Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen ihn. Hierum ist es ihm eigentlich gar nicht zu thun. Das gab Liebknecht unverholen zu. Denn die Strafe, die Wiemern träfe, erkennte ihn das Gericht für schuldig, will nicht sehr viel besagen und ob er drei Wochen früher oder später vor dem Richter steht, macht auch keinen wesentlichen Unterschied. Sonst hätte Liebknecht ja schon vor Wochen und nicht erst kurz vor Thorschluß den Antrag zu Gunsten seines Parteigenossen einbringen können. Es war ihm lediglich darum zu thun, angesichts der ganzen Nation, von der Rednertribüne des Reichstages, die Anklage zu erheben, „daß die Sozialdemokratie in Deutschland völlig rechtlos behandelt würde". Liebknecht ließ es denn auch an heftigen und maßlosen Beschuldigungen nicht fehlen. Er beschimpfte die sächsischen Behörden. Der Ordnungsruf des Präsidenten ereilte ihn. Wann hätte Liebknecht überhaupt jemals im Reichstage gesprochen, ohne aus dem Kampfe die Wunde eines Ordnungsrufes davon zu tragen? Der Reichstag blieb bei seiner bisherigen Praxis und schützte sein Mitglied für die Dauer des Reichstages vor weiteren Belästigungen durch die Justiz. Es ist zu bedauern, daß auf diese Weise es unmöglich gemacht wurde, die schweren Anklagen Liebknecht's an derselben Stelle, auf welcher sie erhoben wurden, zu entkräften. Wir sind im Voraus überzeugt, daß, wenn es auch die Chemnitzer Behörden nicht an Amtseifer in der Verfolgung verbotener Bestrebungen der Sozialdemokratie haben fehlen lassen, sie sich doch keine der Gesetzwidrigkeiten zu Schulden kommen ließen, deren sie Liebknecht bezichtigte. Noch dazu so grober! Es ist aber ebenso zu bedauern, daß weder ein sächsischer Bundescommissar, noch ein sächsischer Abgeordneter vorhanden oder mit dem nöthigen Material ausgerüstet war, um Liebknechten mit Sachkunde zu antworten. Wo war denn der Vertreter von Chemnitz, der Stadtrath Vogel?

Den Hauptgegenstand der Freitagssitzung bildete die dritte Lesung des Militärgesetzes. Es wurde in der Schlußabstimmung mit 186 gegen 128 Stimmen angenommen. Die Verneinenden waren um 32 Mann zahlreicher anwesend als bei der zweiten Lesung. Die Conservativen stimmten auch diesmal resignirt, weil es nicht anders gehe, für die Erhöhung der Heereslasten, die Nationalliberalen thaten es, wie ihr Sprecher Rickert verkündete, „mit wahrer Freude". Der französische Minister Olivier, der 1870 mit einer leger in den Krieg zog, war ein Schulknabe im Vergleich zu dem Abg. Rickert, der „mit wahrer Freude" so ein $1\frac{1}{2}$ Dutzend Millionen für neue Kasernen und neue Regimenter bewilligte. Rickert, der sich vom ehemaligen Corrector der „Danziger Ztg." durch geschicktes Rechnungtragen und allerhand liberale Phrasen in eine Art leitende Stellung in seiner Partei lancirt hat, kann's schon noch weiter bringen. Die Hauptdifferenz beim Militärgesetz bestand am Freitag darin, ob man auch die Geistlichen der verschiedenen Confessionen zu den Uebungen der Ersatzreserve heranziehen solle? Das Centrum setzte die Befreiung der Geistlichen der beiden christlichen Confessionen durch, es ließ aber Windthorsten im Stiche, als er die gleiche Gunst für die Rabbinen begehrte. Dem Antrage Windthorst's steht gewiß die Gerechtigkeit zur Seite; den Israeliten sind mit Recht ihre Geistlichen ebenso lieb, als den Christen die ihrigen. Da aber die Abgeordneten v. Kleist-Retzow und Marcard behaupteten, daß die israelitischen Religionsdiener zum Theil rein äußerliche Funktionen hätten und die sonst so zungenflinken israelitischen Abgeordneten Lasker, Bamberger, Rickert und Bernburg diese Darstellung nicht bekämpften, sondern stumm blieben, so haben die Israeliten es der Lässigkeit ihrer Glaubensgenossen selbst zuzuschreiben, wenn ihre Rabbinen schlechter fahren als die evangelischen Diakonusse und die katholischen Kapläne. In der Sache selbst stellen wir uns auf Seite des Abg. Grafen Moltke und nicht auf die Windthorst's: die Gerechtigkeit gegen alle übrigen Staatsbürger erheischt, daß auch die Geistlichen die Lasten des Militärdienstes auf sich nehmen.

Recht sehr zu wünschen wäre es, wenn der Bundesrath die berechtigten und maßvollen Correcturen berücksichtigte, welche der Reichstag an dem Zolltarife beschlossen hat. Der Flachszoll würde die Vortheile, welche das Verbot der Einfuhr böhmischer Rohleinen der sächsischen Leinenindustrie geboten hat, vollständig wieder beseitigen. Unsere Regierung, die sich im Interesse der Lausitzer und Schönburgischen Weberei so erfolgreich bei dem Verbote der böhmischen Rohleinen ins Zeug gelegt hat, wird gewiß im Bundesrathe auch für die Aufhebung des Flachszolles eintreten. Das Gleiche gilt von den Wünschen der Müller und der Getreidehändler, die jetzt durch bureaukratische Vorschriften auf's Aeußerste bedrängt sind. Die hohe Blüthe der deutschen Müllerei, welche es durch Fleiß, Intelligenz und Betriebsverbesserungen dahin gebracht hat, daß sie 4 Millionen Centner Mehl jährlich exportirt, steht geradezu auf dem Spiele, wenn man den Zolltarif so engherzig handhabt, wie es jetzt der Bundesrath thut.

Ueber die Lage der österreichischen Regierung ist es schwer, sich im Auslande ein zutreffendes Bild zu machen. Im Wiener Reichsrathe stehen sich zwei Parteien in ziemlich gleicher Stärke gegenüber, doch zählt die Rechte (die Czechen, die Polen, die Ultramontanen und die Konservativen) einige Stimmen mehr als die Linke, auch Verfassungspartei genannt (die liberalen Deutschen und Italiener). Auf einmal hat die Linke einen Sieg über das Ministerium Taaffe davongetragen, das jedoch selbst wiederholt erklärt hat: es stehe über den Parteien. Es ist in der That auch das rühmliche Bestreben des Grafen Taaffe, die Nationalitätsstreitigkeiten der Völker Oesterreichs zu versöhnen; leider hat er dabei entschiedenes Unglück gehabt und fast immer das Gegentheil bewirkt. Die deutsche Nationalität, träge wie immer, wird namentlich von der czechischen hart bedrängt und stellenweise überflügelt. Ein Spaß ist es, in Deutschland Minister zu sein, aber den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs gerecht zu werden, ist fast schwieriger, als die Quadratur des Zirkels aufzusuchen. Es entzieht sich vorläufig aller Voraussicht, was Graf Taaffe zu thun gedenkt, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Grunde bedeutsamer als diese Verfassungswirren und der Nationalitätenhader erscheint uns das traurige Bestreben beider Parteien des Wiener Reichsraths, die achtjährige Schulzeit in der Volksschule herabzusetzen. Selbst die Liberalen, die deutsche Verfassungspartei, sind soweit zurückgegangen, daß die achtjährige Schulpflicht nur als Grundsatz im Reichsschulgesetze aufrecht bleiben, ausnahmsweise aber je nach lokalen Bedürfnissen „Erleichterungen" in den zwei letzten Jahren des Schulbesuches zulässig sein sollen. Ueber die Modalitäten, wann, wo, wie und hauptsächlich durch wen die Zulässigkeit dieser „Erleichterungen" ausgesprochen werden soll, darüber besteht allein die Differenz zwischen den beiden großen Parteien des Abgeordnetenhauses. Die Rechte will dies nur den Landtagen, die Linke aber dem Unterrichtsministerium anheimstellen. Die „Erleichterungen" bestehen darin, daß die Kinder Oesterreichs blos 7, ja wie die Klerikalen wollen, gar nur 6 Jahre in die Schule gehen sollen. Wie dunkel wird es dann in den Köpfen der Oesterreicher aussehen, wenn diese Bestrebungen der Finsterlinge, das Bildungsniveau herabzudrücken, Erfolg haben?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin 17. April. Reichstag. Dr. Marquardsen referirte über die Abänderung des Sozialistengesetzes. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten ein ganz besonderes Verfahren eingeschlagen, um möglichst viel reden zu können. Jeder von ihnen beantragte die Aufhebung eines einzelnen principiellen Paragraphen und die Anderen fungirten als Unterstützer dieser Anträge. Auf diese Weise glaubten sie, für jeden einzelnen Antrag das Wort zur Begründung zu erhalten. Darüber entspann sich eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Abg. von Minnigerode beantragte, die sämmtlichen Anträge der Sozialdemokraten zusammen zu berathen. Abg. Bebel: Durch die Verlängerung des Gesetzes würden die Sozialdemokraten auf eine Reihe von Jahren lahm gelegt. Wenn der Antrag Minnigerode angenommen werde, hätten sie nicht Gelegenheit, ihre berechtigten Beschwerden genügend vorzubringen, da nur einer oder zwei von ihnen zum Worte gelangen würden. Als Redner sagte: das Gefühl der Parität scheine im Hause abgestumpft zu sein, wurde er zur Ordnung gerufen. Lasker und Hänel sprachen gegen den Antrag Minnigerode. Stumm, Kleist-Rhetzow und Windthorst dafür, da die Absicht der Antragsteller darauf hinausgehe, die Debatte hinauszuziehen, andererseits der Antrag den Sozialisten es vollauf gestatte, ihre Beschwerden vorzubringen. Der Antrag Minnigerode wurde angenommen. Abg. Wiemer eröffnete die sachliche Debatte. Das Gesetz habe keine loyale Anwendung gefunden. Durch Tabaksmonopol, Verstaatlichung der Eisenbahnen u. s. w. würden auch bestehende gesellschaftliche Einrichtungen umgestoßen. Wahlversammlungen seiner Partei habe man in Sachsen verboten, anderwärts gestattet. Humanitäre Bestrebungen habe man unterdrückt, wenn man Sozialisten dahinter vermuthet habe. Das Gesetz habe seinen Zweck verfehlt: wenn es auch auf Jahrhunderte ausgedehnt werde, es werde die Sozialisten nicht auseinanderreißen, sie an ihren Bestrebungen nicht verhindern. Süddeutsche Staatsmänner hätten z. B., als die schleswig-holsteinische Frage noch offen war, viel Stärkeres ausgesprochen als die Sozialdemokraten, ebenso der heutige Berichterstatter (Marquardsen). Langwerth v. Simmern wünschte, daß der bisherige Weg verlassen und die Sozialisten mit geistigen und religiösen Waffen bekämpft würden. Haenelever trat für Aufhebung der die Presse einschränkenden Bestimmungen des Sozialistengesetzes ein, indem er sich hauptsächlich auf das Verbot des „Vorwärts" in Leipzig bezog. Auch ihm sei ein Blatt verboten worden: das humoristisch-satyrische „Lämplein", das ganz harmlos gewesen. Es gebe ganz andere Schriften, die verboten zu werden verdienten. Derselbe Franz Mehring, der jetzt Sozialistentödter geworden, habe früher in Unterhandlungen wegen Uebernahme der Redaktion der sozialistischen Unterhaltungsschrift „Neue Welt" gestanden. Er habe 1000 Thaler verlangt, man habe ihm aber nur 800 bewilligen wollen; darauf sei er unter die Socialistentödter gegangen. Dr. Hänel erklärt, daß die Fortschrittler in Konsequenz ihres bisherigen Verhaltens für die socialistischen Amendements stimmen. Fritzsche klagte über Verfolgung der Hilfskassen. Darauf wurden die Anträge der Sozialdemokraten theils gegen die Stimmen der Antragsteller und der Fortschrittler theils abgelehnt, theils zurückgezogen. Abg. Dr. Windthorst beantragt: Beschwerde beim Reichsgericht gegen Vereins- und Druckschriften-Verbote, die binnen 14 Tagen einzubringen ist; Schutz der Versammlungen, die zum Betriebe der den Reichstag oder einer Landes-Vertretung betr. Wahlangelegenheiten nach ausgeschriebener Wahl; Bezeichnung der Stellen einer zu verbietenden Druckschrift, welche zum Verbot führen, in der betr. Verfügung, und endlich Beschränkung der Zulässigkeit des Belagerungszustandes auf Berlin. Antragsteller erklärt u. A.: Die Herren, die hier erschienen, sind nur Handlanger ihrer Genossen in London. Der Präsident rügte diesen Ausdruck, die Socialdemokraten erhoben Protest. Als Dr. Windthorst auf sein Lieblingsthema, den Kulturkampf, kam, ersuchte ihn der Präsident, zu § 8 zu sprechen (Heiterkeit). Sonnemann gab einen langen Bericht über die neuliche Auflösung einer Versammlung der Volkspartei zu München, um daraus zu folgern, daß man die Polizei nicht mit zu großen Vollmachten ausstatten dürfe. Die strengen Bestimmungen des Versammlungsrechtes genügten. Der bairische Bundeskommissar Herrmann erklärt, wegen des Münchener Falles sei Beschwerde erhoben und der Instanzenzug abzuwarten. Bebel erwiederte: Bei solcher Handhabung des Gesetzes würden die Sozialisten jede gegnerische Versammlung durch ihr Erscheinen unmöglich machen, die Dinge könnten nur mit Gewalt geändert werden wir treiben einer Katastrophe entgegen. Er beklagt sich ferner darüber, daß ihm nicht eine Wähler-Versammlung in Dresden gestattet sei, sowie über das Vorgehen des Amtshauptmann Hausen in Glauchau. Windthorst's Anträge wurden abgelehnt und hierauf die Sitzung vertagt.

Berlin, 17. April. Dem Reichstage ist die Münzgesetznovelle zugegangen, welche bestimmt, daß der Gesammtbetrag der Reichssilbermünzen bis auf Weiteres 12 Mark pro Kopf der Reichsbevölkerung nicht übersteige. Die Wuchergesetzkommission hat nur eine einzige Aenderung der Vorlage vorgenommen. Artikel 3 bestimmt u. A., daß sämmtliche von dem Schuldner oder für ihn geleistete Wucherzinsen vom Wucherer zurückgewährt und verzinst werden müssen. Betreffs der Verzinsung hat die Kommission eingefügt: vom Tage des Empfanges an.

Kiel, 17. April. Die Panzercorvette „Sachsen" ist mit Flaggenparade in Dienst gestellt worden.

Petersburg, 17. April. Die Charkower Begnadigungen riefen allgemeine Befriedigung hervor, der Zutritt der Studenten ist groß und werden Dankadressen an Melikoff abgesendet.

Washington, 17. April. Der Repräsentanten-Ausschuß des Auswärtigen beantragt die Aufhebung des Clayton-Pulver-Vertrags mit England und stimmt der Aufrechterhaltung der Monroe-Lehre zu.

Locales und Sächsisches.

— Se. K. H. Prinz Georg traf in der Nacht zum Freitag wiederum in Schandau ein und begab sich von da aus gegen Morgen auf die Auerhahnbalze. Die Rückkehr erfolgte früh 6 Uhr.

— Noch Wochen lang, nachdem der feierliche Landtagsschluß erfolgt und die Abgeordneten an der königl. Tafel im Schlosse gespeist haben, sind die Kanzleien des Landtags versammelt, um die rückständigen Geschäfte zu erledigen. Da müssen ständische Schriften abgelassen, Repertorien angefertigt, das Rechnungswesen abgewickelt werden u. dgl. Gestern nun fand im Landhause, im Auftrage der Directorien beider Kammern, durch den Secretär der 1. Kammer, Herrn Bürgermeister Löhr aus Bautzen, die formelle Entlassung der Kanzleibeamten und des Dienerpersonals des Landtags statt. Tiefe Stille herrscht nunmehr in den Bureaus, in denen es sonst sehr munter zugeht.

— Seiten des K. Ministeriums des Innern ist an das Landgendarmeriecorps Verordnung ergangen, wornach mit Rücksicht auf die neueren Vorkommnisse, bei denen das Leben der Gendarmen in erheblicher Weise gefährdet gewesen ist, Nachtpatrouillen in der Regel nicht von einem Gendarm allein auszuführen sind. Vor Ausführung dieser Patrouillen, sowie aller sonstigen Touren in nächtlicher Stunde hat die Gendarmerie die Schußwaffe vorschriftsmäßig zu laden und werden bereits Vorkehrungen getroffen, durch Anbringung von Sicherungen an den Gewehren eine unbeabsichtigte Entladung derselben zu verhindern.

— Der Bezirksausschuß der kgl. Amtshauptmannschaft Dresden genehmigte in seiner gestrigen 8. öffentlichen Sitzung die Errichtung einer Majolika- und Fayencefabrik in der Niederlößnitz, ebenso eine Schlachthausanlage in Niederpoyritz; für Langebrück, Löbtau und Neuimpisch wurde je die Eröffnung einer neuen Schankstätte bewilligt.

— Am Donnerstag Abend hielt im Stadtverordnetensaale unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Bönisch der Gemeinnützige Verein seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Rückblick auf die allgemeine Entwicklung des Vereines mußte allgemein befriedigen, da vieles Gute geschehen konnte. Schließlich wurde der Geschäftsbericht pro 1879 genehmigt und der vorjährige Vorstand wieder gewählt: Stadtrath Bönisch, Bezirksarzt Dr. Riedner, E. v. Stockhausen, Advokat Dr. Georg Schmidt, Alexander Krohn, Archidiaconus Dr. Frommhold und Schuldirector Kunath. Letzterer hielt auch einen den vorliegenden Druckbericht ergänzenden Vortrag über die Ferienkolonien für arme, schwächliche Kinder und konnte wiederholt die günstigen Resultate constatiren, die im vorigen Jahre erzielt wurden und auch für die Zukunft die segensreichste Wirkung prognosticiren, vorausgesetzt, daß die bisher der Sache förderlich gewesene opferfreudige Menschenliebe nicht nachläßt, sondern eher noch zunimmt. Der Vermögensstand der Ferienkolonien am 1. März c. ist nach Abrechnung der bis dahin gemachten Ausgaben 3337 Mark 41 Pf. (Ein Theil dieser Summe soll auf ausdrücklichen Wunsch der Schenkgeber zur Bildung eines Specialstockes für die Ferienkolonien Verwendung finden. Im Ganzen konnten während der letzten Sommerferien 40 Knaben und 36 Mädchen, in 6 Kolonien vertheilt, auf dem Lande untergebracht werden. Ein schöner Anfang. Für dies Jahr sind freilich bereits so viel Anmeldungen eingegangen, daß nur ein geringer Theil derselben wird Berücksichtigung finden können.

— Gestern Mittag ist ein Haupt-Gaunerstreich hier ausgeführt worden. In einem bekannten großen Herren-Garderobe-Geschäft erschien ein fein gekleideter, junger Mann, suchte sich zwei Anzüge und einen Ueberzieher aus, im Gesammtbetrage von 134 Mk., und bestimmte, die Sachen sollten ihm $\frac{1}{4}3$ Uhr in die Wohnung seiner Mutter, Schreibergasse 3, 1. Etage, mit quittirter Rechnung geschickt werden. Ein Viertel 3 Uhr steht der Markthelfer vor der bezeichneten Wohnung; er liest auf einer angeklebten Visitenkarte: Gesangslehrerin A. Becker — es stimmt, das ist die Mutter des neuen Kunden. Auf das Klingeln erscheint der junge Mann selbst, nimmt die Sachen und die Rechnung und will das Geld sofort herausbringen, der Markthelfer soll nur einen Augenblick warten. Das thut dieser auch, aber es vergehen eine Unmasse von Augenblicken und den Jüngling bringt keiner wieder. Endlich macht der Markthelfer Lärm, es bleibt Alles still; dann wird die Polizei geholt, doch — auch dann bleibt Alles still, bis sich beim Eindringen ergiebt, daß die Wohnung vollständig — unbewohnt ist und die zwei Anzüge mit dem Ueberzieher incl. dem Jüngling einen anderen Ausweg gefunden haben. Wie der Schwindler nun zu dem Schlüssel des leeren Logis gekommen ist, bleibt noch zu erklären.

— Der Magnetiseur Hansen befindet sich in einem der Auflösung nahen Zustand in Leipzig. Bei demselben sollen sich durch die fortwährenden Anspannungen und Ueberreizungen der Nerven an verschiedenen Körperstellen, namentlich an den Armen, sogenannte Nervenknoten gebildet haben. Er befindet sich in der Behandlung der vorzüglichsten medizinischen Kapazitäten, die durch eine Operation versucht haben, die Nervenknoten zu entfernen.

— Der Verband der deutschen Seifenfabrikanter, welcher sich im August v. J. in Hamburg constituirte, wird im August dieses Jahres in Dresden in den Räumen des königl. Belvedere der Brühl'schen Terrasse tagen. Sächsische Comité-Mitglieder sind: Fr. Louis Guthmann und G. A. Gädicke in Dresden, sowie Camillo Kor in Meißen, welche für das Arrangement Sorge zu tragen haben.

— Am Jagdwege fanden gestern eingetretener Besitzveränderung wegen mehrere Herausetzungen säumiger Zinszahler statt. Einer der Ermittirten wurde hierüber so erbittert, daß er seine Möbelstücke mit Beilhieben traktirte